

Sehr geehrte Damen und Herren,  
mir großem Interesse habe ich in der letzten Ausgabe der ZEIT den Artikel zum Thema Energie von Stephanie Schramm gelesen, zum einen, weil mich diese Problematik seit langem bewegt, zum anderen, weil ich unmittelbar neben dem von der Autorin vorgestellten Energiestandort Lubmin lebe. Einige Bemerkungen scheinen mir in Ergänzung der Ausführungen von Frau Schramm aber angebracht.

Das Friede-Freude-Eierkuchen-Bild, das die Autorin malt, stimmt so leider nicht, denn einige wichtige Fakten blieben unerwähnt. So verliert sie kein Wort darüber,

- dass die 4,2 Mio. Tonnen Steinkohle, die das dänische Unternehmen DONG Energy in Lubmin pro Jahr verbrennen will, per Schiff von Übersee (Australien, Südafrika, Südamerika) herantransportiert werden sollen,
- dass die geplante Anlage, für die gerade erst das Genehmigungsverfahren begann, keine Kraft-Wärme-Kopplung haben würde, wie sie in Dänemark längst per Gesetz gefordert wird und auch in Deutschland nach dem Willen der SPD (bekundet durch einen Beschluss des letzten Bundesparteitages) vorgeschrieben werden soll,
- dass das Kraftwerk jährlich 10 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> produzieren würde, fast doppelt so viel, wie ganz Mecklenburg-Vorpommern gegenwärtig emittiert,
- dass die im Artikel erwähnte CO<sub>2</sub>-Verpressung wegen der noch unerforschten Risiken und der bisher noch völlig offenen Frage geeigneter Speicherräume in der Nähe des Standortes sehr fraglich ist, ganz abgesehen davon, dass acht Jahre erst einmal die gesamte Menge emittiert würde,
- dass mit den Abgasen der Anlage trotz moderner Filter mehrere Tausend Tonnen Asche, Feinstaub, Stickoxide, Schwefeldioxid, außerdem Hunderte Kilo Schwermetalle (Arsen, Blei, Quecksilber, Cadmium) sowie viel mehr Radionuklide als von dem stillgelegten DDR-AKW in die Umgebung gelangen würden,
- dass sich diese Schadstoffmengen auf die in unmittelbarer Nähe gelegenen Haupturlaubsgebiete Vorpommerns, die Inseln Usedom und Rügen sowie das nicht einmal fünf Kilometer entfernte Seebad Lubmin ergießen würden, das deshalb um seinen Seebadstatus bangt, genau wie weitere Seebäder und Seeheilbäder auf den beiden Inseln, die fast ausschließlich vom Tourismus leben und auf saubere Luft angewiesen sind (betroffen wären natürlich auch die zahlreichen Naturschutzgebiete in der Umgebung),
- dass das Kohlekraftwerk und die ebenfalls geplanten Gaskraftwerke mit einer Durchflusskühlung arbeiten sollen (was die Investitionen enorm verbilligt, da auf Kühltürme verzichtet werden kann) und die riesigen Mengen erwärmten Kühlwassers in den Greifswalder Bodden abgeleitet werden sollen, was unabsehbare Folgen für dessen sensibles Ökosystem hätte, zumal mit ebenfalls in den Bodden entsorgten Abwässern auch noch größere Mengen Stickstoff ins Wasser gelangen würden.

Und das alles soll zukunftsorientiert sein? Die Umweltverbände und zwei Bürgerinitiativen gegen dieses Vorhaben finden das nicht, ebenso wenig wie zahlreiche namhafte Wissenschaftler und fast 10.000 Bürger aus der Region und ganz Deutschland, die sich mit ihrer Unterschrift gegen das Projekt ausgesprochen haben. Als Beispiel für verantwortungsbewusste, weitsichtige Energiepolitik, die alle Aspekte der regionalen und überregionalen Ökonomie und die Belange des Umweltschutzes berücksichtigt, kann der Standort Lubmin nicht gelten.

Sicher ist es schwer, in einem relativ kurzen Artikel alle Facetten einer Problematik zu beleuchten, aber eine etwas gründlichere Recherche wäre unserer Meinung nach hier angebracht gewesen. Falls Frau Schramm Interesse an weiteren Informationen hat, bin ich gern bereit, diese zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Lobanowitsch, Kröslin (Landkreis Ostvorpommern)